

Bericht

des

Ausschusses für soziale Verwaltung

über

den Antrag der Abgeordneten Dr. Besch, Dr. Ramek, Dr. Geipel und Genossen (Nr. 94 der Beilagen), betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung einer Entschuldungsaktion der Staatsangestellten.

Daß zur Verhütung einer vollständigen Verelendung unserer Staatsangestellten aller Kategorien, der Beamten, Bediensteten und Arbeiter, vor allem auch der Pensionisten, eine besondere Entschuldungsaktion im Wege der Versicherung eingeleitet und für die Beschaffung billiger Kredite ehestens gesorgt werden muß, steht außer aller Frage. Zur Lösung dieser großen und schwierigen Aufgaben sind aber größere Vorarbeiten notwendig, welche nur eine Kommission von Interessenten und Sachverständigen, lösen kann.

Der Ausschuß beantragt daher in Übereinstimmung mit den Antragstellern:

Das hohe Haus wolle beschließen:

„Es wird ohne Verzug eine eigene Staatskommission, bestehend aus fünf Abgeordneten der Nationalversammlung und einer Anzahl von Vertretern der Staatsbediensteten aller Kategorien aufgestellt, die sich in geeigneter Weise zunächst mit der Feststellung des Schuldenstandes der Staatsbediensteten, sodann mit der Beratung und Durchführung der Entschuldungsaktion zu befassen hat.“

Wien, 9. Mai 1919.

L. Widholz,
Obmann.

Dr. Michael Mayr,
Berichterstatter.